

Feierstunde mit anschließendem verbalen Schlagabtausch

Der Kreistag ehrte gestern vier Ostholsteiner für ihr ehrenamtliches Engagement / Danach ging es um die Konsequenzen aus dem ZVO-Urteil / Grüne fanden klare Worte

Von Susanne Peyronnet

Eutin – Es war keine Sternstunde der Kommunalpolitik, die der Kreistag in Eutin gestern bot. Dabei hatte alles so gut angefangen.

Am Beginn stand die Auszeichnung von vier Ostholsteinern für ihr ehrenamtliches Engagement. Sie wurden mit der Ehrennadel des Kreises ausgezeichnet. Marina Bütje aus Bentfeld betreut eine zehnköpfige Flüchtlingsfamilie aus Syrien, ist seit Jahren Vorsitzende der Dorfgemeinschaft und seit 25 Jahren Mitglied im DRK-Ortsverein. Hildegard Kunow aus Heiligenhafen leitete von 1996 bis 2015 den dortigen Förderverein für Heimatmuseum und Kultur als Vorsitzende, hat das kulturelle Leben durch Klavier-Soloabende bereichert und ist eine feste Größe in der Museums- und Kulturszene der Stadt. Ilsetraut Wagner aus Eutin engagiert sich im humanitären, sozialen und kulturellen Bereich. Sie ist seit zwölf Jahren Vorsitzende des Frauenringes Eutin, hilft viel bei der Tafel, wirkt im Förderverein der Kreisbibliothek und bei den Freunden

der Kirchenmusik mit. Manfred Hoffmann, früherer Bürgermeister in Oldenburg, ist seit 55 Jahren für den Sport in Ostholstein da. Seit 1967 arbeitete er ehrenamtlich erst für den Kreissportverband Oldenburg, dann für den Kreisverband Ostholstein im Vorstand. Außerdem war er Vorsitzender der Aktiv-Region Wagrien-Fehmarn.

Alles andere als harmonisch ging es nach der Feierstunde im politischen Tagesgeschäft weiter. Teils wirre Wortbeiträge, missverständliche Formulierungen und unvollständige oder unklare Anträge machten es streckenweise schwer, der Debatte zu folgen. „Im Moment bin ich mal nicht irritiert“,

●● Es geht jetzt darum, welche Schlüsse wir aus dem Urteil zum ZVO ziehen.“

Timo Gaarz,
CDU-Fraktionschef



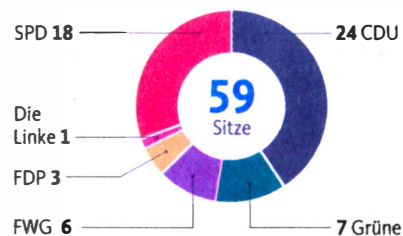
stellte Kreispräsident Ulrich Rüder (CDU) an einer Stelle seufzend fest und machte damit deutlich, dass es sonst nicht immer leicht war, die Zügel in der Hand zu behalten.

Richtig zur Sache ging es, als die Freien Wähler das Urteil des Oberverwaltungsgerichtes zur Privatisierung und zu den Müllgebühren des Zweckverbandes Ostholstein (ZVO) bejubelten und sich damit in ihrer seit Jahren vorgetragenen Kritik bestätigt sahen (die LN berichteten). Manfred Kienitz (FWG) beantragte, dass sich der Kreistag für die Rekommunalisierung aussprechen soll und dafür, die Müllentsorgung öffentlich-rechtlich weiterzuführen.

Grünen-Fraktionschefin Monika Obieray versuchte, die FWG in ihrer Euphorie zu bremsen. „Durch die Art und Weise, wie die Herren Kienitz und andere ihr Anliegen immer wieder verbunden haben mit maßlosen, ehrverletzenden und bis in die Privatsphäre einzelner Personen gehenden Angriffen haben sie selbst verhindert, dass man ihnen zugehört hat. Diese Praxis ist das Gegenteil einer demokratischen Kultur, sie ist eine nicht zu tolerierende Form der gewalttätigen verbalen Auseinandersetzung.“

CDU-Fraktionschef Timo Gaarz mahnte: „Vergangenheitsbewältigung ist nicht das, was wir jetzt brauchen.“ Es gehe darum, welche Schlüsse aus dem Urteil zu ziehen seien. Oberste Priorität habe es, die 150 Arbeitsplätze der ZVO-Müllsparte zu sichern. Gaarz und SPD-Fraktionschef Burkhard Klinke argumentierten, es sei zu früh, dass sich der Kreistag damit beschäftige. Und so wurde das Thema Rekommunalisierung der Müllsparte bei einer Gegenstimme mit großer Mehrheit in die ZVO-Gremien verwiesen.

Kreistag Ostholstein



LN-Grafik | jochen.wenzel@wgrafik.de